

TZ 22.11.10

Neue Geschäftsführerin

Der Verband Thurgauer Schulgemeinden hat mit Renate Wüthrich eine neue Geschäftsführerin. Sie tritt die Nachfolge von Erika Litschgi an.

FISCHINGEN – Vier wichtige Ziele seien letztes Jahr erreicht worden, bilanzierte die Präsidentin des Verbandes Thurgauer Schulgemeinden (VTGS), Gabriela Frei, bei der Jahresversammlung: Die Annahme des Beitragsgesetzes, die Ablehnung der Initiative «Ja. Freie Schulwahl für alle», die seit wenigen Monaten bestehende Möglichkeit Schülerinnen und Schüler auch ohne Einbezug der Schulaufsicht einem anderen Schulort zuteilen zu können sowie die Neubesetzung der VTGS-Geschäftsstelle. Frei freute sich insbesondere über die Annahme des neuen Beitragsgesetzes. Dass es angenommen wurde, obwohl es für den Kanton Kosten in der Höhe von mehreren Millionen Franken zur Folge hat, zeige, «wie wichtig den Politikerinnen und Politikern die Thurgauer Schulbildung ist».

Als Winzerin ins Piemont

Der Wechsel auf der VTGS-Geschäftsstelle von Erika Litschgi zu Renate Wüthrich werde reibungslos vonstatten gehen, konstatierte Frei. Die

Präsidentin lobte Litschgi, welche die VTGS-Geschäftsstelle vor siebeneinhalb Jahren nicht nur aus dem Boden gestampft, sondern auch massgeblich geprägt habe. Litschgi lässt sich frühzeitig pensionieren, um sich mit ihrem Mann im Piemont dem eigenen Wein gut zu widmen. Nachfolgerin, Renate Wüthrich, stellte sich den 44 Stimmberechtigten und Gästen, zu denen auch Regierungsrätin Monika Knill gehörte, kurz vor. Frei ist zuversichtlich, dass Wüthrich die besten Voraussetzungen mitbringe, um die VTGS-Geschäftsstelle weiterzuentwickeln.

2009 im Plus, 2011 im Minus

Die Rechnung 2009 schloss mit einem Plus von 3600 Franken ab. Dies bedeutet ein Plus von 11 000 Franken gegenüber dem Budget 2009. Die massive Besserstellung führte Litschgi unter anderem auf höhere Einwohnerzahlen sowie auf nicht getätigte Reservebezüge zurück. Fürs Budget 2011 rechnet der VTGS mit einem Minus von 17 800 Franken. Der Fehlbetrag sei vor allem darauf zurückzuführen, dass 2011 die Überarbeitung des elektronischen Führungshandbuchs (für 12 500 Franken) und die Erstellung einer Checkliste zum Thema Biotope für das Handbuch für Arbeitssicherheit (3000 Franken) geplant sei. Diese beiden Aufgaben können mittels bereits getätigter Rückstellungen finanziert werden.

CHRISTOF LAMPART

Thurgauer Zeitung 22.11.10

THURGAUER ZEITUNG

Erst freie Schulwahl bringt Ruhe

«Knill verteidigt Lehrplan 21 gegen SVP-Kritik» u.a., TZ vom 26. Oktober

Mit dem Lehrplan 21 wollen die kantonalen Bildungsdirektoren die Selbstverantwortung der Schüler in den Vordergrund stellen. Die SVP verlangt mit ihrem Gegenprojekt die Wiedereinführung von Noten sowie klar definierte Leistungsziele. Für die Rechtspartei gehören selbstverantwortliche Schüler in die Ecke der Sozialromantik. Sie argumentiert damit, dass in der Schweiz jeder achte Schulabgänger nicht lesen und schreiben kann, obschon unser Land das teuerste Schulsystem der Welt hat.

Diese Forderungen haben ihre Berechtigung, jene von links wie auch jene von rechts. Rund 5000 Schüler brechen in der Schweiz jedes Jahr verbotenerweise vorzeitig die Schule ab, weil sie am System scheitern. Diese Schulabbrecher

kosten unseren Staat mehrere Hundert Millionen Franken. Unsummen berappt der Steuerzahler zusätzlich für sonderpädagogische Massnahmen, ebenfalls für Schüler, die mit der staatlichen Monopolschule nicht klarkommen. Wann endlich kommt die Schweiz zur Einsicht, dass es kein einheitliches System jemals schaffen wird, allen Schülern gerecht zu werden?

Zu verschieden sind die Kinder und damit auch ihre pädagogischen Bedürfnisse. Während sich viele Kinder gut entwickeln in der heute vom Staat zugewiesenen Schule, blühen andere erst auf, wenn sie in einer Schule mit einem anderen pädagogischen Konzept oder einem anderen Schwerpunkt (z. B. Musik, Sport) sitzen. Wir haben zwar eine Vielfalt von Schulmodellen in der Schweiz, doch leider kann diese Vielfalt nur von den Reichen genutzt

werden. Die in verschiedenen Kantonen lancierten Initiativen für die freie Schulwahl greifen dieses Thema auf. Sie wollen, dass Kinder aus allen Bevölkerungsschichten die Chance haben, diejenige Schule zu besuchen, die ihrem Bildungspotenzial am besten entspricht. In den meisten europäischen Ländern ist die freie Schulwahl deswegen längst ein selbstverständliches Bürgerrecht.

Die Schule ist in der Schweiz das letzte echte Monopol des Staates und bedeutet Einflussnahme und Macht. Und wenn Macht hinterfragt wird, dann entstehen Emotionen. Die ständig wiederkehrenden hochemotionalen Diskussionen um den einzig richtigen Lehrplan werden erst dann aufhören, wenn Eltern und Schüler die Schule selber wählen können.

Kurt Loehrer, Uttwil

Zur Liq dem Ab

«Armeechef An

100 000 Solda

Zum 125-jährig

Thurgauer Inf

ber 2000 verme

Kommandant t

folgendes: «Fas

schaftt, angepa

gewertet worde

teil der Ausrüs

Infanteristen w

ben heute eine

und bewaffnet

die ersten Schr

chanisierung r

Jahre später w

mit ihm eine ü

sene, intakte A

dem kläglicher

Verwaltungsbr

mengekleistert

Beschäftigte»